

Finanzmärkte regulieren – Binnenkonjunktur stärken – sozialen Ausgleich schaffen

Von Klaus Bartel (MdB), Hilde Mattheis (MdB), Ottmar Schreiner (MdB), Sigrid Skarpelis-Sperk

Die DL 21 Baden-Württemberg begrüßt und unterstützt, dass die Bundesregierung ein 500-Mrd.-Rettungsprogramm für die in sich zusammengebrochenen Finanzmärkte aufgelegt hat. In dieser Situation ist politisches Eingreifen zwingend notwendig, auch wenn damit hohe Risiken zu Lasten des Steuerzahlers eingegangen werden. Anderenfalls droht ein kompletter Zusammenbruch des Weltfinanzsystems mit unabsehbaren Folgen für die Realwirtschaft, den Welthandel, die Arbeitsplätze und sozialen Systeme.

Sozialdemokraten können aber in dieser Situation nicht darauf verzichten,

- die Ursachen dieser tiefsten Krise des Weltfinanzsystems seit den 30er Jahren zu analysieren und für die Zukunft vorbeugend zu bekämpfen,
- die Auswirkungen auf die Realwirtschaft so weit wie möglich durch gezieltes Gegensteuern zu dämpfen und damit Wachstum und Beschäftigung zu sichern und
- die schädlichen Entwicklungen in der Einkommens- und Vermögensverteilung der letzten Jahre zu korrigieren und für eine nach dem Verursacherprinzip angemessene Lastenverteilung bei den Kosten der Krisenbekämpfung zu sorgen.

Demokratische Kontrolle der Finanzmärkte:

Eine neue Finanzarchitektur für nachhaltiges Wachstum zimmern

Die fundamentale Krise des Wall-Street-Kapitalismus dokumentiert eindrucksvoll das Scheitern der neoliberalen Doktrin: Weder wurde Finanzkapital dorthin gelenkt, wo es den höchsten Nutzen stiftet, noch haben die die Marktpreise der gehandelten Finanzprodukte deren tatsächlichen Wert und deren Risiken abgebildet; im Gegenteil: Letztere wurden verschleiert oder gar ins Gegenteil verkehrt, womit immer größere Finanzkapitalmassen in rein spekulative Anlagen gelockt wurden. Ahnungslosen Anlegern wurden hochriskante Anlagen oder Finanzmüll als „hochsicher“ (Triple A) verkauft. Das Finanzsystem in seiner weitgehend unregulierten Form erweist sich zum wiederholten Male als außerordentlich anfällig für das Entstehen von Spekulationsblasen. Es ist deshalb ökonomisch höchst instabil und für die Allgemeinheit kostspielig. Mit dem jederzeit möglichen Überspringen auf die Realwirtschaft gefährdet es nachhaltiges Wachstum und die Arbeitsplätze von Millionen Beschäftigten. All dies kann ohne angemessenes staatliches Eingreifen auf globaler, weltregionaler und nationaler Ebene zu einer Weltwirtschaftskrise führen. **Deshalb sind Einzelkorrekturen und auf nationale Krisenstabilisierung beschränkte Maßnahmenpakete untauglich, um die Risiken einzudämmen. Systemische Veränderungen sind unausweichlich.** Die Sozialdemokratie ist gefordert, den längst überfälligen **Paradigmenwechsel weg von einem desaströsen, weil auf kurzfristigen Profit orientierten Finanzmarktkapitalismus** konzeptionell zu entwickeln und politisch zum Durchbruch zu verhelfen. Sie darf die Fehler der staatlichen Deregulierungspolitik und der europäischen Finanzmarktgesetzgebung (EU-Finanzmarkttrichtlinie, MiFID) der zwei vergangenen Jahrzehnte nicht wiederholen. In der Vergangenheit hieß es: je häufiger und je teurer die Finanzkrisen für die kleinen Anleger und den Steuerzahler, desto stärker deregulierte anschließend die Politik und desto laxer wurde die Finanzaufsicht.

Die historische Zäsur an den Finanzmärkten eröffnet eine neue Chance, um den Primat der demokratischen Politik wiederherzustellen und die Dominanz der Finanzmärkte über die Realökonomie zu brechen. Dafür brauchen wir eine **neue Architektur der Finanzmärkte und den politischen Mut zur demokratischen Regulierung und Zivilisierung des Finanzkapitals** in europäischem und weltweitem Maßstab. Politik darf nicht nur wohlfeil die Gier der-

jenigen kritisieren, die uns ins Desaster geführt haben, sondern muss systematisch die Kontrolle über einen außer Rand und Band geratenen Sektor wiedergewinnen. Dazu reicht Handeln auf der nationalen Ebene nicht aus. Deutschland muss seinen vorhandenen Einfluss auf der europäischen und internationalen Ebene energisch und koordiniert mit anderen europäischen Nationen unverzüglich und kooperativ nutzen. Ohne eine internationale Kontrollinstanz, die nicht von den Interessen einer oder zweier Finanzplätze dominiert ist, wird die globale Finanzwelt nicht sicherer werden. Das erfordert eine Neuorganisation und Neuausrichtung auf der Finanz, Wirtschafts- und Geldpolitik auf der europäischen Ebene und eine Neuorganisation und Neuorganisation des Internationalen Währungsfonds (IMF). Zudem muss nach der dringend notwendigen Stabilisierung endlich sichergestellt werden, dass die Finanzwirtschaft die unglaublich hohen Lasten der Stabilisierung den öffentlichen Kassen im kommenden Jahrzehnt Schritt für Schritt zurückzahlt und finanzielle Rücklagen durch entsprechende Beiträge der Finanzinstitutionen für künftige Krisen gebildet werden. Wer sich daran nicht beteiligt oder weiterhin hochriskante Geschäft außerhalb der öffentlichen Kontrolle betreibt, darf keine Geschäftserlaubnis in Deutschland und Europa haben.

Wir fordern daher:

- **Alle Unternehmen, die Finanzdienstleistungen anbieten, müssen der jeweiligen Kontrolle der nationalen Aufsichtsbehörde unterliegen**
Das bedeutet, dass auch Hedgefonds und Private Equity Gesellschaften von der BAFIN und der Bundesbank kontrolliert werden und den gleichen gesetzlichen Bestimmungen unterliegen wie Banken.
- **Ein globales Kreditregister muss eingeführt werden.**
- **Alle Risiken müssen aus der Bilanz erkennbar sein**
Es darf keine Geschäfte mehr geben, die außerhalb der Bilanz stattfinden.
- **Jedes Risiko muss entsprechend mit Eigenkapital unterlegt werden**
Das Basel II Abkommen muss überarbeitet werden, damit z.B. auch die abgeleiteten Risiken von Finanzdienstleistungsunternehmen adäquat mit Eigenkapital unterlegt werden müssen
- **Ein Finanzdienstleistungs-TÜV muss eingeführt werden**
Neue Produkte müssen der BAFIN bzw. der europäischen Aufsichtsbehörde angezeigt werden. Die BAFIN soll die Möglichkeit bekommen ggf. bestimmte Produkte zu verbieten (z.B. Leerverkäufe).
- **Eine öffentliche europäische Ratingagentur muss aufgebaut werden**
Die neue Ratingagentur sollte an die Europäische Zentralbank angekoppelt werden. Die Kriterien für das Rating sollen sich an einer nachhaltigen und sozialen Unternehmenspolitik orientieren. Ratingagenturen sollen künftig haften, wenn ihre Bewertungen und Risikoeinschätzungen in fahrlässiger Weise mit den tatsächlichen Gegebenheiten nicht übereinstimmen.
- **Die Steueroasen und Off-Shore Finanzplätze müssen ausgetrocknet werden**
Geschäfte mit Unternehmen aus Staaten, die eine entsprechende Kontrolle der Finanzdienstleistungsunternehmen ablehnen und die die ordnungsgemäße und angemessene Besteuerung der Geschäfte nicht sicherstellen, werden untersagt.
- **Ein zusätzlicher europäischer Sicherungsfonds für Privatbanken muss errichtet werden**
Um künftig Zusammenbrüche von Banken zu verhindern, sollen die europäischen Privatbanken in einen angemessen hohen, zusätzlichen Sicherungsfonds einzahlen. Sparkassen und Landesbanken sind hiervon auszunehmen, da sie bereits als öffent-

liche Banken von ihren jeweiligen öffentlichen Eigentümern aufgefangen würden. **Betriebsrenten und kapitalgedeckte Altersrenten** sind durch einen europäischen Sicherungsfonds, in den die Finanzinstitutionen angemessen einzahlen, zu garantieren.

- **Weitere Privatisierungen von öffentlichen Beteiligungen an Unternehmen wie der Deutschen Post, der Deutschen Telekom sowie der Deutschen Bahn sind zu stoppen.** Dies gilt auch für Unternehmen und Unternehmensanteile von Ländern und Kommunen sowie sämtliche Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- **Alle Private-Public-Partnership-Verträge** auf allen staatlichen Ebenen sind einer sofortigen Überprüfung auf ihre sämtlichen Risiken hin zu unterziehen. Noch nicht abgeschlossene und neue Verträge sind sofort zu stoppen und mit einem Moratorium zu versehen.
- **Eine Börsenumsatzsteuer** auf alle an Börsen gehandelten Werte und Wertpapiere (Energie, Rohstoffe, Finanzmittel usw.) ist einzuführen, um rein spekulative Transaktionen zu bremsen und die Gemeinkosten von Spekulation, Blasenbildung und Finanztransaktionen wenigstens teilweise zu decken.
- **Derivate, Leerverkäufe und vergleichbar spekulative Finanzinstrumente** sind nur mehr unter strengen Auflagen zuzulassen.

Aktive Stabilisierungspolitik gegen Wirtschaftsflaute und Konjunkturrisiko

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik muss angesichts der sich abzeichnenden deutlichen Abschwächung der Weltwirtschaft infolge der dramatischen Verwerfungen auf den globalen Finanzmärkten mit der „drohenden Gefahr einer systemischen Kernschmelze“ (D. Strauss-Kahn) auf eine **aktive und starke wirtschaftspolitische Stabilisierung** umschalten. Es bedarf einer **europaweit koordinierten Geld-, Finanz- und Lohnpolitik**. Die Politik muss versuchen, ein Übergreifen der Finanzkrise abzuschwächen und bewusst expansive realwirtschaftliche Impulse zu setzen und so ein Übergreifen einer bereits in einigen europäischen Ländern begonnenen Rezession auf Deutschland zu verhindern. Erfahrungen der Vergangenheit zeigen: Wenn eine aktive Stabilisierungspolitik unterbleibt, verharrt die Ökonomie längere Zeit in der Talsohle und die Arbeitslosigkeit steigt. Dies wiederum würde massive finanzielle Schief lagen in den öffentlichen Kassen, den Sozialversicherungssystemen und in vielen Kommunen einen weitgehenden finanziellen Kollaps bewirken.

Ein Ansparen gegen krisenbedingte Einnahmeausfälle würde verheerend auf die Realökonomie zurückwirken. Unter diesen Bedingungen könnte der Staat seine Konsolidierungsziele nicht erreichen. Zusammen mit einer durch mehr Verteilungsgerechtigkeit kurzfristig wirksamen Stützung des privaten Konsums einkommensschwächerer Schichten brauchen wir eine **schnell wirkende Ausweitung der privaten und öffentlichen Investitionen**. Zur Bekämpfung der drohenden Rezession muss das Volumen eines solchen Programms kurzfristig rund 1 % des Bruttoinlandproduktes, also mindestens 25 Mrd. EURO im ersten Jahr betragen.

Der Rückstau an Zukunftsinvestitionen ist in Deutschland gewaltig, wie alle internationalen Vergleiche belegen. Die öffentlichen Investitionen liegen seit Jahren weit unter dem internationalen Durchschnitt. **Wir plädieren deshalb für ein umfassendes auf 10 Jahre angelegtes Programm für nachhaltig wirkende Zukunftsinvestitionen in den Sektoren Umwelt, Verkehr, Gesundheit und Bildung.**

In die Zukunft investieren: Entscheidend für Standortqualität und Wettbewerbsfähigkeit

Zukunftsinvestitionen sind entscheidend für Standortqualität und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Besonders auffallend und für die nachhaltige Entwicklung unseres Landes besonders nachteilig sind die **strukturelle Unterfinanzierung bei den Bildungs- und Forschungsausgaben** sowie die extrem niedrigen Infrastrukturinvestitionen. Mit nur 4.3% Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag Deutschland im Jahre 2004 auf dem viertletzten Platz der EU-27-Länder und bei den Infrastrukturinvestitionen mit nur 1,6% auf dem zweitletzten Platz. Die deutschen Ausgaben liegen 1% unter dem EU-Schnitt von 2,5% des Bruttoinlandsprodukts. Dieser andauernde Entzug von öffentlichen Mitteln hat bereits zu einem erheblichen und schleichenden Verfall der Substanz unserer Verkehrsinfrastruktur, bei den öffentlichen Gebäuden und Plätzen, im Bildungssystem und im Gesundheitsbereich (z.B. Krankenhäuser) geführt.

Einige Initiativen der derzeitigen Bundesregierung weisen schon jetzt in die richtige Richtung. Wir wollen daher insbesondere folgende Initiativen verstärken:

- Wir wollen die **Politik des Energiesparens und der Hebung der Energieeffizienz** mit Nachdruck fortsetzen. Dabei sind besonders Energiesparmaßnahmen im Bereich der Raumwärme bei privaten Wohngebäuden und öffentlichen Gebäuden zu fördern. Neben der Wirkung auf die Energieeinsparung sind zusätzlich schon kurzfristig erhebliche Beschäftigungseffekte zu erwarten (ca. 600 000 Vollzeitarbeitsplätze). Der absehbare Investitionsbedarf liegt in den nächsten 10 Jahren bei etwa 35 Mrd. Euro.
- **Im Bereich der Bildung und Forschung muss der Rückstand zum europäischen Durchschnitt in 10 Jahren aufgeholt werden** und danach ist an die skandinavischen Staaten aufzuschließen. Wir wollen für die Finanzierung dieser Aufgabe einen Teil der Goldreserven der Bundesbank von derzeit 90 Mrd. EURO verwenden.
- Wir wollen den **Investitionsstau im Gesundheitswesen insbesondere bei den Krankenhäusern auflösen**. Wir werden ihn gemeinsam mit den Trägern des Gesundheitswesens in den nächsten 10 Jahren systematisch abbauen und dafür eine neue nachhaltige Finanzierungsstruktur aufbauen.
- Wir werden durch **Städtebauförderungsmaßnahmen** die ärmeren Kommunen bei der Aufgabe der Stadtsanierung und -erhaltung unterstützen.
- Ein „New Deal“ muss auch die reine Exportorientierung bisheriger Wirtschaftspolitik zugunsten einer Stärkung der Kräfte des Binnenmarktes korrigieren. Die dadurch mit ausgelösten weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte sind nicht nur mit verursachend für die Aufblähung der Finanzmärkte, sondern fallen jetzt durch hohe Verletzlichkeit der deutschen Volkswirtschaft aufgrund der Exportabhängigkeit auf uns zurück.

Die vor uns liegenden Aufgaben erfordern **mehr finanzielle Ressourcen für die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden** erfordern. Eine Absenkung der Steuerquote wäre deshalb kontraproduktiv. Die riesigen Kosten der Stabilisierung der Finanzsysteme müssen Schritt von Schritt von den Akteuren der Finanzwelt selbst getragen werden um die Kosten für die öffentlichen Kassen erträglicher zu machen. Die steuerliche Privilegierung des Finanzsektors – von der Umsatzsteuer bis zu den Kapitalertragssteuern – muss rückgängig gemacht werden.

Den sozialen Zusammenhalt organisieren – Steuergerechtigkeit herstellen

Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zu den Lebenslagen in Deutschland dokumentiert dramatische Entwicklungen. Die Einkommensverteilung klafft so weit auseinander wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik.

Diese Kluft, die Erosion der gesellschaftlichen Mittelschichten, der Rückzug des Staates aus den Systemen der sozialen Sicherheit und deren immer einseitigere Finanzierung, die wachsenden Abstiegs- und Zukunftsängste weiter Teile der Bevölkerung, die zunehmende Steuerungerechtigkeit und die Prekarisierung der Arbeitsmärkte bilden die Kehrseite der unkontrollierten Expansion der Finanzmärkte. Die exorbitanten Unternehmensgewinne und spekulativen Anlagen waren nur vor dem Hintergrund der groß angelegten Umverteilung und Entstaatlichung zulasten der Arbeitnehmerschaft, der EmpfängerInnen von Sozialtransfers und der öffentlichen Kassen aller staatlichen Ebenen möglich. Die eingesparten Löhne, die abgebauten Sozialleistungen und die dauernd angestiegenen Export- und Leistungsbilanzüberschüsse haben keinen volkswirtschaftlichen Nutzen gestiftet, sondern sind größtenteils auf den Weltfinanzmärkten verloren gegangen.

Eine wirksame Politik der sozialen Gerechtigkeit setzt gleiche Zugänge zu Bildung und Daseinsvorsorge für alle und eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums voraus.

Die zunehmende Spaltung zwischen Arm und Reich zeigt sich in hoher Arbeitslosigkeit und in der Verteilung der Vermögen. Rund zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland verfügen über kein oder nur ein sehr geringes Vermögen. Andererseits verfügen die wohlhabendsten 10% der Haushalte über mittlerweile fast 60% des gesamten Vermögens. So steigerten allein die 300 reichsten Deutschen im letzten Jahr ihre Vermögen um 80 Milliarden Euro auf 475 Milliarden Euro. Lag das Armutsrisiko beim 1. Armutsbericht noch bei 12,1%, so ermittelt der 3. Bericht bereits ein Armutsrisiko 18%. Für Kinder ist das Armutsrisiko von 15% im Jahr 2003 auf 26% im Jahr 2005 angestiegen. Gleichzeitig kam es zu einer starken Spreizung der Lohneinkommen. Die Kaufkraft sinkt oder stagniert bestenfalls; die Mittelschicht schrumpft rasant. Sozialdemokratische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik stellt sich auch und gerade im Kontext der Finanzkrise der Herausforderung, die Binnenwirtschaft zu stärken und den sozialen Zusammenhalt auf neuer Grundlage zu organisieren.

Deshalb muss die Entwicklung der Arbeitseinkommen im Sinne einer **deutlichen Erhöhung der Löhne und Gehälter** umgekehrt und durch einen **flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn** abgesichert werden.

Dazu gehört auch die **Neu-Regulierung des Arbeitsmarktes**, um die massenhafte Prekariisierung von Arbeitsverhältnissen, z. B. im Zuge von Leiharbeit, 1-Euro-Jobs, Befristungen und nicht oder nur schlecht sozial abgesicherte Jobs, systematisch zurückzudrängen. Alle Sozialsysteme müssen nachhaltig armutsfest gestaltet werden und als **öffentliche, umlagefinanzierte Sicherungssysteme** gestärkt werden. Die Finanzkrise zeigt, dass kapitalgedeckte Angebote kein verlässliches Standbein, sondern bestenfalls eine risikoreiche Ergänzung darstellen. Deshalb werden wir die Modelle der **Bürger- bzw. Erwerbstätigenversicherung** weiter vorantreiben.

Unverzichtbarer Bestandteil einer gerechten Steuerpolitik ist **die Wiedereinführung der ausgesetzten Vermögenssteuer**, weil bereits ein Vermögenssteuersatz von 1% zu Mehreinnahmen von 16 Milliarden Euro führen würde (bei einem Freibetrag von 500.000 Euro). Damit wollen wir die Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung stärken. Die Erbschaftsteuer ist so auszugestalten, dass wenigstens ein Aufkommen von 10 Mrd. Euro jährlich gewährleistet ist. **Ohne eine ergiebige Erbschaftsteuer verbleiben alle Forderungen nach Chancengleichheit im Stadium bloßer Lippenbekenntnisse.** Wir wollen den internationalen Steuerwettbewerb durch **eine europaweite Harmonisierung der Kapital- und Unternehmenssteuern** sowie durch Mindeststeuersätze auf europäischer Ebene begrenzen.

Wir werden verhindern, dass im Zuge der Bekämpfung der Finanzkrise die Probleme der Interessen der ArbeitnehmerInnen und der sozial Schwachen aus dem Blickfeld geraten. Bei der Bekämpfung der Finanzkrise werden wir deshalb wirtschafts- und sozialpolitische Zusammenhänge in den Mittelpunkt der Diskussion und unseres Handelns stellen.